

02.03.2023

## Kleine Anfrage 1469

der Abgeordneten Thorsten Klute, Christina Kampmann und Lena Teschlade SPD

### **Aufarbeitung gewaltsamer Übergriffe auf Rettungskräfte in der Silvesternacht**

Seit Jahren sind Angriffe auf Rettungskräfte ein öffentliches Thema. In der Silvesternacht 22/23 kam es in zahlreichen Städten, unter anderem in Dortmund, Essen und Gelsenkirchen, zu körperlichen Angriffen sowie verbalen und nonverbalen Übergriffen auf Sanitäterinnen und Sanitäter und Feuerwehrkräfte, die zu Silvester besonders ausgelastet sind. Insgesamt wurden 33 Verfahren wegen Angriffen auf Einsatzkräfte eingeleitet<sup>1</sup>. Das Ausmaß der Gewalt war in der Silvesternacht besonders groß, allerdings gehören Übergriffe schon seit Jahren immer mehr zum Alltag der Einsatzkräfte. Im Oktober 2019 brachten das Ministerium des Innern und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales den Aktionsplan „Gemeinsam gegen Gewalt – Aktionsbündnis zum Schutz von Feuerwehr- und Rettungskräften“ auf den Weg, der auf fünf Handlungsfeldern verschiedene Maßnahmen und Initiativen vorsieht. Trotz der zahlreichen aufgelisteten Vorhaben und Maßnahmen, z.B. der Implementierung des Meldesystems für Gewalt gegen Einsatzkräfte „IMEG“, konnte die Zahl gewaltsamer Übergriffe gegenüber Einsatzkräften nicht verringert werden – im Gegenteil. Die Vorfälle in der Silvesternacht belegen ein zunehmend aggressives Verhalten gegenüber denjenigen, die sich für den Schutz der Bevölkerung und der Rechtsgüter Leben, Leib und Eigentum tagtäglich einsetzen

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen wurde die im Aktionsplan „Gemeinsam gegen Gewalt – Aktionsbündnis zum Schutz von Feuerwehr und Rettungskräften“ vorgesehene Laufzeit (bis September 2022) nicht verlängert?
2. Warum ist die im Aktionsplan vorgesehene abschließende Evaluierung zum Ende seiner Laufzeit im September 2022 nicht erfolgt, in welcher auch die fortschreitenden und zukünftig zu ergreifenden Maßnahmen genannt werden, um Gewaltfällen gegenüber Rettungskräften vorzubeugen?
3. Wie hoch ist die Aufklärungsquote gewaltsamer Übergriffe gegenüber Einsatzkräften von Rettungsdienst und Feuerwehr? (Bitte die über das IMEG-Portal zur Anzeige gebrachten Übergriffe getrennt auflisten.)

---

<sup>1</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/silvester-gewalt-nrw-100.html>

4. Wie viele Kommunen in NRW haben die im Aktionsplan vorgesehenen runden Tische auf Initiative der beteiligten Ministerien veranstaltet?
5. Welche vom Aktionsplan vorgesehenen Bildungsmaßnahmen unter Beteiligung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung im Zuge der Schaffung einer ausreichenden Datenbasis und der Identifizierung von Brennpunkten wurden für welchen Zeitraum angestoßen und umgesetzt?

Thorsten Klute  
Christina Kampmann  
Lena Teschlade